



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
21.02.2025 Ruhr Nachrichten Selm: Klage gegen Atommüll: Warum Ahaus die Niederlage vor Gericht akzeptiert	4
21.02.2025 Kölner Stadt-Anzeiger Köln linksrheinisch: Castor-Transporte sollen im Frühjahr durch NRW rollen	5
20.02.2025 Schwäbische Zeitung: Letzte Ruhestätte für Atommüll – Dieses Waldstück ist noch „im Rennen“	6
20.02.2025 lokalkompass.de: Auch Gewerkschaft der Polizei gegen Castor-Transporte	7

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: Rape, Stephan [sjt/185754]**Seite:** 30**Ressort:** Lüdinghausen - Münsterland¹ von PMG gewichtet 01/2025² von PMG gewichtet 7/2024**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 4.327 (gedruckt) ¹ 4.969 (verkauft) ¹6.326 (verbreitet) ¹**Reichweite:** 0,018 (in Mio.) ²

Klage gegen Atommüll: Warum Ahaus die Niederlage vor Gericht akzeptiert

Atommüll aus Jülich darf in Ahaus eingelagert werden. Die Klage der Stadt dagegen scheiterte vor Gericht. Wie es weitergehen soll, wurde jetzt entschieden.

Im Streit um die drohenden Castortransporte aus Jülich nach Ahaus akzeptiert die Stadt Ahaus die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster: Sie will keine weiteren rechtlichen Schritte einleiten. Das hat die Stadt Ahaus mitgeteilt.

Das Oberverwaltungsgericht NRW in Münster hatte am 3. Dezember ein klares Urteil gefällt: Die Klage gegen die Einlagerungsgenehmigung für die Castorbehälter im Zwischenlager Ahaus wurde abgewiesen. Die Stadt Ahaus und der Ahauser Theo Schwarte hatten sie angestrengt.

Revision nicht zugelassen

Das OVG hatte nach jahrelangem Rechtsstreit entschieden, dass nichts gegen die Einlagerung von 152 Castorbehältern in Ahaus spreche. Eine Revision hatte der Vorsitzende Richter nicht zugelassen. Daher wäre gegen dieses Urteil nur eine Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision statthaft gewesen.

Die rechtliche Beurteilung der Stadt fiel aus ihrer Sicht offensichtlich ernüchternd aus: „Angesichts der Erfolgsaussichten verzichtet die Stadt Ahaus auf eine solche Beschwerde. Mit Ablauf der Beschwerdefrist wird das Urteil rechtskräftig“, heißt es in der Pressemitteilung. Zur Durchführung der Transporte ist weiterhin eine zweite Genehmigung erforderlich: die atomrechtliche Transportgenehmigung. Auch dafür ist das Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zuständig.

Anfang Dezember hatte sich der Senat des Oberverwaltungsgerichts in Münster in einer fast siebenstündigen mündlichen Verhandlung mit der Klage gegen die Genehmigung befasst. Punkt für Punkt hatte der Vorsitzende Richter Ralph Heine die vorgebrachte Kritik an der Genehmigung entkräftet.

Die Vertreter des beklagten BASE konterten die wenigen verbliebenen Argumente der Kläger. Von den Kernpunkten der Klage blieb nicht viel übrig. Zum einen sei eindeutig klar, was sich in den einzelnen Castorbehältern befindet, zum anderen seien die Behälter im Ahauser Lager sicher untergebracht.

Rechtslage ist eindeutig

Das Genehmigungsverfahren sei vernünftig gelaufen. Sowohl ein möglicher Störfall als auch ein terroristischer Angriff mit Drohnen oder Hohlladungswaffen oder auch ein abstürzendes Großflugzeug seien darin berücksichtigt. Kein denkbare Szenario sei offengeblieben. Die Rechtslage sei eindeutig. Dennoch machte der Richter auch unmissverständlich klar, was er von der gesamten Diskussion um die Lagerung von Atommüll insgesamt hält: „Dass wir überhaupt hier sitzen, ist schlicht und ergreifend auf politisches Versagen zurückzuführen“, hatte er erklärt. Die Politik habe in der Vergangenheit die Atomenergie zugelassen, ohne sich darum zu kümmern, was mit dem Müll passieren soll.

Das Lager in Ahaus-Ammeln ist bis 2036 genehmigt. Realität sei, dass der Müll erst einmal dort liegen bleibe. Die ablaufende Zeit für das Lager sei aber nicht Thema der Verhandlung. Für die Zeit nach 2036 müsse eine neue Genehmigung beantragt werden. Auch dagegen könne geklagt werden.

Wörter: 419**Urheberinformation:** Ruhr Nachrichten

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor/-in: GERHARD VOOGT
Seite: 28
Rubrik: RG
Seitentitel: Frühausgabe, Spätausgabe
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2025
Auflage: 27.357 (gedruckt)¹ 23.548 (verkauft)¹
 23.686 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,170 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 01/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

Castor-Transporte sollen im Frühjahr durch NRW rollen

Der Atommüll aus Jülich wird in Ahaus zwischengelagert. Wirtschaftsministerin Neubaur muss sich jetzt schnell äußern

VON GERHARD VOOGT

Düsseldorf - Der Transport von 152 Castor-Behältern vom Forschungszentrum Jülich ins Atomzwischenlager Ahaus wird voraussichtlich im Frühjahr beginnen. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" erfuhr, hat das Bundesamt für die nukleare Sicherheit und Entsorgung (BASE) dem NRW-Wirtschaftsministerium als zuständiger Aufsichtsbehörde über Kernbrennstofftransporte den Entwurf einer Beförderungsgenehmigung zukommen lassen.

NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) hat demnach nun nur noch bis Ende Februar Zeit, sich zu dem Entwurf zu äußern. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster hatte im Dezember vergangenen Jahres eine Klage der Stadt Ahaus abgewiesen und damit den Weg für die Transporte freigemacht.

Nach Einschätzung von Insidern ist Erteilung der Transportgenehmigung nur noch Formsache. Der weitere Ablauf ist klar geplant. Sollte es von Seiten des NRW-Wirtschaftsministeriums keine wesentlichen Ergänzungs- oder Änderungswünsche geben, wird der Entwurf im Anschluss dem Transporteur, der Orano NCS GmbH übermittelt. Die Firma habe Anspruch auf rechtliches Gehör, heißt es. Nach einer Frist von zwei bis vier Wochen wäre dann die Erteilung der finalen Genehmigung der Transporte durch das BASE möglich.

In den Castor-Behältern lagern rund 300.000 radioaktive Brennelemente-Kugeln aus dem AVR- Hochtemperaturreaktor des Forschungszentrums, der

1988 nach zahlreichen Störfällen außer Betrieb genommen wurde.

Die Genehmigung für das bisherige Lager in Jülich, das technisch veraltet ist, ist allerdings schon seit zehn Jahren abgelaufen. Pläne für den Neubau in Jülich hatte sich um Jahre verzögert, weil befürchtet wurde, dass die Erdbebengefahr zu groß sei. Tatsächlich werden in der Aachener Region immer wieder kleinere Erdbeben gemessen. Erst 2022 bescheinigte das BASE, ein Neubau in Jülich könne erdbebensicher sein. Neue Berechnungen kamen zu dem Ergebnis, dass die Castoren auch durch schwere Erdstöße nicht undicht werden würden.

Um den Neubau zu ermöglichen, müsste allerdings eine Fläche von rund 2,2 Hektar junger Birkenwald gerodet werden. Auf dem Gelände leben zudem seltene Frösche und Kröten sowie die vom Aussterben bedrohte Haselmaus.

Der Bund hält allerdings den Transport nach Ahaus für die bessere Alternative. Experten gehen davon aus, dass ein Neubau mindestens 550 Millionen Euro kosten würde. Außerdem würden neun Jahre vergehen, bis der Bau fertig sein würde. Der Transport nach Ahaus soll dagegen 100 Millionen Euro kosten, von denen das Land nur 30 Prozent zahlen müsste. Darin ist der Polizeieinsatz aber nicht eingepreist.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW hält den mit den Transporten verbundenen Aufwand zum gegenwärtigen Zeitpunkt für komplett unverhältnismäßig: "Das mutet an wie eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Polizei -

und das in der allgemein angespannten Sicherheitslage", sagte GdP-Chef Michael Mertens. Die Transporte mit schweren LKW würden vermutlich nachts stattfinden. Nicht nur marode Brücken und Straßen stellten ein Problem für den Transport dar. "Je nach Ausgang der Bundestagswahl würde eine neue Atomdebatte Protesten eine ganz neue Dynamik verleihen", kritisierte der GdP-Landesvorsitzende. Hinzu kommt die knappe Zeitspanne der Genehmigung: Die laufe für das Zwischenlager in Ahaus derzeit nur bis zum Jahr 2036.

Die schwarz-grüne Landesregierung hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag im Jahr 2022 darauf verständigt, Castor-Transporte zu vermeiden. Ein Plan, von dem man inzwischen abgerückt ist. Das NRW-Wirtschaftsministerium wies die Verantwortung für den Verbleib der Kugeln von sich. Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) sei an die Vorgabe gebunden, die "schnellstmöglich realisierbare Option zu wählen", sagte eine Sprecherin auf Anfrage. Für die Erteilung der Beförderungsgenehmigung sei "allein das BASE" zuständig.

Ein Probetransport mit einem leeren Behälter, der bereits im Dezember 2023 stattfand, hatte Kosten in Höhe von 180.000 Euro verursacht. Nach bisherigen Planungen der JEN soll in jeder Transportnacht immer nur ein Castor auf die Reise gehen. Daher wird der gesamte Umzug wohl zwei Jahre dauern.

Abbildung: Einsatzkräfte der Polizei sicherten im Dezember 2023 die Probefahrt eines leeren Castor-Behälters.
Wörter: 590
Urheberinformation: (c) M.DuMont Schauberg

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Schwäbische Zeitung

Letzte Ruhestätte für Atommüll – Dieses Waldstück ist noch „im Rennen“

20. Februar 2025 11:51 | Medienart: Online | Visits/Monat: 14.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Das Foto aus dem Jahr 1975 hat ikonografischen Charakter. Ein Bagger steht im ehemaligen Salzstollen „Asse“ im niedersächsischen Landkreis Wolfenbüttel. Der Fahrer kippt orange Tonnen wahllos übereinander auf den Stollenboden. So als wären sie mit Wasser gefüllt. Der Inhalt der Fässer: schwach- bis mittelradioaktives Material.

Jahre später wird bekannt, dass sich in der „Asse“ nicht, wie behauptet, 9 Kilogramm, sondern 29 Kilogramm Plutonium befinden. Im Jahr 2012 beschließt der niedersächsische Landtag, eine große Rückholaktion der Fässer. Die Frage ist nur: Wo sollen sie, wie anderer (hoch-)radioaktiver Müll auch, ihre letzte Ruhestätte finden? Sprich, in welcher Region Deutschlands wird ein zentrales **Atommüllendlager** gebaut?

In der jüngsten Sitzung des Regionalverbands Neckar-Alb wurde bekräftigt, dass die Landkreise Zollernalb, Reutlingen und Tübingen inzwischen fast zur Gänze aussortiert wurden. Das hat seinen Grund vor allem darin, dass die Region Neckar-Alb als eine der großen Erdbebenregionen in Deutschland gilt. Blickt man auf die entsprechende Karte, wird deutlich, dass damit auch das aktiv betriebene Salzbergwerk in Haigerloch-Stetten, dessen ausgebeutete Hohlräume schon seit Jahren mit diversen Aschen und Schlacken verfüllt werden, auch keine **Atommülllagerung** aufweisen wird. In der Vergangenheit waren immer wieder einmal anderslautende Gerüchte in die Welt gesetzt worden.

Ausschließlich an zwei Stellen der Region Neckar-Alb besteht noch die theoretische Möglichkeit, dass die Untersuchungen zum Ergebnis kommen, dort ein **Atommüllendlager** einzurichten. Zum einen am östlichen Rand des Landkreises Reutlingen, zum anderen in einem Waldgebiet am äußersten westlichen Rand des Zollernalbkreises direkt an der Grenze zum Landkreis Rottweil.

Der Wald liegt auf Zollernalbkreiseseite auf Gemarkung Brittheim, einem Teilort der Stadt Rosenfeld. Auf Seite des Landkreises Rottweil gehört der Forst zu Trichtingen, einem Teilort der Gemeinde Epfendorf. Das Gelände liegt im sogenannten kristallinen Wirtsgestein, das sich über den Neckar hinüber in den Schwarzwald zieht.

Noch ist diese Region nicht auf **Atommüllendlager**-Tauglichkeit geprüft worden. Sollte sie sich jedoch als geeignet herausstellen, könnte sie zu den 5 bis 10 Regionen zählen, die die für die Suche zuständige Bundesgesellschaft für **Endlagerung** dem letztlich entscheidenden Bundestag als geeignete Flächen

vorlegen wird.

Das soll Ende des Jahres 2027 der Fall sein. Der Bundestag wiederum soll im Jahr 2031 die Region festlegen, in der das **Endlager** eingerichtet werden soll. Anschließend wird das **Bundesamt** für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in den betroffenen Gegenden Regionalkonferenzen initiieren, denen umfangreiche Informations- und Kontrollrechte eingeräumt werden. Inzwischen gehen die Verantwortlichen davon aus, dass der endgültige Standort erst zwischen 2046 und 2068 feststehen soll.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 lokalkompass.de

Auch Gewerkschaft der Polizei gegen Castor-Transporte

20. Februar 2025 21:43 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

- Sicherheit, Sinnhaftigkeit und Durchführbarkeit fraglich • **Atomkraftgegner*innen** fordern Absage von Innenminister Reul

Die Anti-**Atomkraft**-Initiativen im Münsterland und aus Jülich sowie der BUND NRW und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz sehen sich durch die gestrige Pressemitteilung (19.02.) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) NRW in ihrer Kritik bestätigt: Genau wie die **Atomkraftgegner*innen** sieht die GdP Probleme in den maroden Straßen und Brücken für die über 130 Tonnen schweren Castor-LKW, eine angespannte Sicherheitslage und einen nicht nachvollziehbaren Aufwand für die Polizei. Denn auch die GdP hat erkannt, dass die Castoren gegebenenfalls 2036 aus Ahaus wieder abgeholt werden müssen, wenn das dortige Zwischenlager wegen Sicherheitsbedenken keine neue Genehmigung erhält. Bereits 2011 hatte die GdP an der Sinnhaftigkeit der Castortransporte gezweifelt.

„Bereits bei den Probetransporten waren nach unseren Informationen jeweils mehr als drei Hundertschaften der Polizei im Einsatz. Trotzdem kam es im Kreuz Kaiserberg zu Problemen, bei dem der Castor-LKW falsch abbog und dann zurücksetzen musste. Beantragt sind beim **BASE** 152 Einzeltransporte. Das sind angesichts der aktuellen Sicherheitslage 152 potenzielle Sabotage- oder Anschlagziele, die kaum zu sichern scheinen“, erklärt Kerstin Ciesla vom BUND NRW.

Die jüngsten Vorfälle mit Spionage-Drohnen über Bundeswehrstützpunkten und der Angriff mit einer Kampf-Drohne auf die AKW-Ruine Tschernobyl zeigen, dass die Gefahren real sind. Die Risiken durch Unfälle und

Drohnen-Angriffe hatte auch eine Studie im Auftrag der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt herausgestellt.

Nach Ansicht der Anti-Atomkraft-Initiativen und Verbände muss nicht nur das NRW-Wirtschaftsministerium zum Entwurf der fast fertigen Transportgenehmigung des BASE Stellung nehmen, sondern auch das NRW-Innenministerium. „Herbert Reul muss dem BASE klar machen, dass die Sicherheitsrisiken zu hoch und die schiere Anzahl der Castor-Transporte nicht durchführbar sind“, fordert Jens Dütting vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. „Mit einer ablehnenden Stellungnahme der von Atomaufsicht, Innen- und Verkehrsministerium kann die schwarz-grüne NRW-Landesregierung nun zeigen, wie ernst sie ihren Koalitionsvertrag nimmt.“

Nach Ansicht der Atomkraftgegner*innen müssen endlich und zügig ernsthafte Schritte für den Neubau eines Zwischenlagers nach neuesten Standards in Jülich unternommen werden. „Es kann nicht sein, dass die Verursacher in Jülich sich trotz aller offensichtlicher Probleme aus der Verantwortung ziehen“, so Marita Boslar vom Jülicher Aktionsbündnis „Stop Westcastor“.

- Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) Quellen:
-